

II- 7413 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

592/A.B.  
 zu 543/J.  
 Präs. am 10. Aug. 1972

DER BUNDESMINISTER  
 FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl. 17.209-Präs.G/72

Wien, am 8. August 1972

Anfrage Nr. 543/J der Abg.  
 Staudinger, Dr. Zittmayr,  
 Kraft und Genossen;

betr. Strukturpolitische Maßnahmen  
 insbesondere gegen Abwanderung von  
 Arbeitskräften in den Grenzgebieten

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates  
 Anton Benya

W i e n

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 543/J, die die Abgeordneten Staudinger, Dr. Zittmayr, Kraft und Genossen am 15. Juni 1972 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1) - 3)

Eine Definition des Begriffs "Entwicklungsgebiete" wird derzeit im wissenschaftlichen Beirat der Österreichischen Raumordnungskonferenz in Form eines Katalogs von Kriterien erarbeitet, die sodann als wichtiger Bestandteil und eine der Grundvoraussetzungen in das österreichische Raumordnungskonzept eingehen soll.

Da jedoch laufend konkrete Fälle im Aufgabenbereich der regionalen Industriepolitik auftreten, die vor dem Vorliegen dieses Konzeptes kurzfristig zu lösen sind, hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen ein Arbeitsprogramm für die regionale Industriepolitik ausgearbeitet. Diesem Arbeitsprogramm gemäß wurden, um einen Überblick über die vorhandene Problematik zu schaffen, an die einzelnen Landesregierungen, Kammern und Interessenvertretungen sowie einzelnen anderen Ressorts

- 2 -

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

ein Fragebogen versandt mit dem Ziele, einen Überblick über die auf dem Gebiete der regionalen Industriepolitik bestehenden Probleme zu gewinnen.

Es wurde darin um Namhaftmachung solcher Fälle ersucht, die aus regionalpolitischen Gründen vordringlich behandelt werden sollten und industriepolitische Maßnahmen wie Förderung der Errichtung von Industriebetrieben und/oder der Rationalisierung, Erweiterung oder Umstellung in bestehenden Industriebetrieben oder entscheidende Veränderungen der Standortvoraussetzungen für bestehende oder geplante Industriebetriebe erfordern.

Zum Großteil liegt die Beantwortung des Fragebogens nunmehr vor; aus diesen Antworten wird nun seitens des Österr. Instituts für Raumplanung eine zusammenfassende Darstellung der regionalen Probleme der Industriepolitik erarbeitet. Diese Zusammenstellung wird als Diskussionsgrundlage bei einer Aussprache im Oktober dieses Jahres dienen, bei der gemeinsam mit den vorerwähnten Stellen die weitere Vorgangsweise festzuliegen sein wird.

Des weiteren arbeitet das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Unterausschuß "Auswirkungen der Entwicklung im bayrischen Raum auf Österreich" der Österreichischen Raumordnungskonferenz mit, der sich aus Vertretern des Bundes, der Bundesländer und Interessenvertretungen und des Städte- und Gemeindebundes zusammensetzt. Dieser Unterausschuß hat die Aufgabe, die bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung dieser negativen Auswirkungen zusammenzustellen, zu bewerten und gegebenenfalls ergänzende Maßnahmen vorzuschlagen. Im Rahmen dieses Unterausschusses werden auch die Vorschläge der Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen betreffend die Abwanderung in den süddeutschen Raum einer eingehenden Prüfung und Beratung unterzogen.

Was die Fremdenverkehrsbetriebe betrifft, wurde ein zehnjähriges Fremdenverkehrsinvestitionsprogramm erstellt, das eine besondere Förderung für Entwicklungsgebiete vorsieht.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Die Informationsstelle für Investoren im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat bis zum 1. 2. 1972 2.014 Kontakte zwischen potentiellen ausländischen Investoren und österreichischen Standortbietern hergestellt, am 1.2.1972 waren 237 ausländische potentielle Investoren vorgemerkt.

Die Tätigkeit der Informationsstelle für Investoren richtet sich insbesondere auf wirtschaftlich schwache und von der Abwanderung bedrohte Gebiete, wobei u. a. auch versucht wird, ausländische Investoren für eine Betriebsansiedlung in diesen Gebieten zu interessieren. So konnte z.B. im Sauwald eine Betriebsstätte eines bedeutenden Büroartikelunternehmens, im nordwestlichen Waldviertel ein großes Zweigwerk eines Finalindustriebetriebes der Metallbranche und im Bregenzerwald ein Betrieb der Feinmechanik-Branche angesiedelt werden.

Seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde im Jahre 1971 die Wirtschaft der Bundesländer Oberösterreich und Salzburg in folgender Weise gefördert:

	Bürges Stamm- aktion	Fremden- verkehrs- sonderkre- ditaktion	Gewerbe- struktur- verbesserungs- gesetz
<u>Oberösterreich:</u>			
Kreditfälle	478	79	173
Kreditsumme	66,234.000	28,606.500	193,984.000
Kreditkosten- zuschuß	3 %	3 %	13,326.934
Haftung bzw. Haftungs- kostenzu- schuß	90 %	80 %	18.900
<u>Salzburg:</u>			
Kreditfälle	247	58	83
Kreditsumme	38,992.000	22,895.000	100,033.000
Kreditkosten- zuschuß	3 %	3 %	9,095.079
Haftung bzw. Haftungs- kostenzu- schuß	90 %	80 %	-

- 4 -

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zuschüsse des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zu den Kosten von Fremdenverkehrs-Investitionskrediten:

	Kreditfälle	Kreditsumme
<u>Oberösterreich:</u>	39	60,050.000
<u>Salzburg:</u>	68	110,130.000

ERP-Fremdenverkehrskredite:  
(1. Juli 1971 bis 30. Juni 1972)

	Kreditfälle	Kreditsumme
<u>Oberösterreich:</u>	1	3,500.000
<u>Salzburg:</u>	10	31,100.000

ad 4) - 6)

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war bei dieser Sitzung nicht vertreten, wurde jedoch verständigt, daß folgende, auch in meine Kompetenz fallende Angelegenheiten erörtert wurden:

- a) Schaffung einer eigenen Rationalisierungskreditaktion,
- b) Förderungsmaßnahmen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz,
- c) Einführung eines zweijährigen Respiros bei den Kreditaktionen des Bundes für Betriebe in Grenzgebieten.

ad a)

Mein Ressort ist bestrebt, durch Koordinierung der bereits vorhandenen Förderungseinrichtungen des Bundes und durch entsprechenden schwerpunktmäßigen Einsatz eine optimale Verwendung der vorhandenen Mittel im Sinne der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung zu erreichen. In meinem Ressort wurde ein Arbeitskreis, bestehend aus Vertretern der Förderungseinrichtungen, Interessenver-

- 5 -

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

tretungen und berührten Ressorts gebildet, der sich regelmäßig mit aktuellen Problemen befaßt. Wenn die Übersicht über die vorhandenen Probleme der regionalen Industriepolitik vorliegt bzw. nach Abschluß der Arbeiten des Unterausschusses "Auswirkungen der Entwicklung im bayrischen Raum auf Österreich" der Österreichischen Raumordnungskonferenz werde ich veranlassen, daß die Ergebnisse mit den vorhandenen Förderungseinrichtungen des Bundes besprochen und damit eine Berücksichtigung derselben im Rahmen der Förderungsaktionen erfolgen wird. Die Frage der Schaffung einer eigenen Rationalisierungskreditaktion kann wohl tunlicherweise erst nach Abschluß dieser Beratungen erfolgen.

ad b)

Nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz werden im kommenden Jahr weitaus höhere Mittel zur Verfügung stehen. Das zusätzlich geförderte Kreditvolumen wird ca. 500 Mio. S betragen. Die Frage, inwieweit auf Grund des Vorhandenseins dieser zusätzlichen Mittel auch weitere Schwerpunkte in die Förderungsrichtlinien nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz aufgenommen werden können, ist derzeit Gegenstand von Expertenbesprechungen.

ad c)

Bezüglich der Fremdenverkehrsförderung ist die Einführung eines Respiros im 10jährigen Fremdenverkehrs - Förderungsprogramm bereits grundsätzlich vorgesehen. Beim Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wäre ein Respiro bei entsprechender Bereitschaft der Kreditinstitute denkbar.

Der mit der Vertretung des Bundes-  
ministers für Handel, Gewerbe und  
Industrie betraute Bundesminister  
für Bauten und Technik:

